

sozialdemokratischer SPD pressedienst

P/XXIX/149

8. August 1974

Die Bundesrepublik ist gut gerüstet

Handfeste Fakten gegen die Agitation der
Opposition

Von Albert Osswald MdL
Ministerpräsident des Landes Hessen und Mitglied
des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 34 Zeilen

Eltern schaffen negative Vorbildwirkungen

Sorgen über den steigenden Alkohol/Nikotin-Konsum
der Jugendlichen

Von Fred Zander MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

CSU: Viele Programme und wenig Grundsätze

Und Franz Josef Strauß hält von allem nicht viel

Seite 4 und 5 / 50 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kälnur Str. A 111 - 112 Telefon: 97 66 11

Die Bundesrepublik ist gut gerüstet

Handfeste Fakten gegen die Agitation der Opposition

Von Albert Osswald MdL

Ministerpräsident des Landes Hessen und Mitglied des SPD-Vorstandes

Die Bundesrepublik ist wirtschaftspolitisch so gut gerüstet wie nie zuvor. Bund und Länder verfügen inzwischen über Rücklagen in Höhe von mehr als 10,3 Milliarden DM, die, wenn es notwendig sein sollte, kurzfristig zur konjunkturellen Belebung und Arbeitsplatzsicherung eingesetzt werden könnten. Allein das Land Hessen könnte aus eigenen Mitteln 300 Millionen DM aus den Konjunkturrücklagen freigeben. Darüber hinaus würden dem Land anteilmäßig aus den stillgelegten Steuermitteln des Bundes weitere rund 650 Millionen DM zufließen, so daß bei einer konjunkturellen Abschwächung mit fast einer Milliarde DM staatliche Mittel in Hessen insgesamt mehr als zwei Milliarden DM Investitionen mobilisiert werden könnten.

Trotz dieser optimistischen Beurteilung halte ich den Zeitpunkt für gekommen, daß Bundesregierung und Bundesbank ihre im internationalen Vergleich erfolgreiche Stabilitätspolitik beobachten müßten, um unerwünschten starken Bremsspuren in einzelnen Branchen und Wirtschaftsregionen rechtzeitig entgegenzuwirken. Es könnte sich auch kurzfristig die Notwendigkeit ergeben, durch eine schrittweise Lockerung der Zinspolitik sowie durch andere gezielte Maßnahmen die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft positiv zu beeinflussen.

Günstige Auswirkungen auf die Binnennachfrage und das Investitionsklima erwarte ich schließlich auch von der Steuerreform, durch die im kommenden Jahr eine Konsumnachfrage in Höhe von 13 Milliarden DM ausgelöst wurde, durch die Entlastung des gewerblichen Mittelstandes durch steuerliche Erleichterungen bei der Gewerbesteuer sowie durch den Wegfall des Stabilitätzuschlages.

Ich erinnere auch daran, daß die Bundesrepublik als einziger großer Industriestaat trotz der zahlreichen Aufwertungen der Deutschen DM gegenüber ausländischen Währungen und trotz der Rohstoffverteuerungen keine Außenhandelschwierigkeiten hat. Die Bundesbank verfügt inzwischen über ein Gold- und Devisen"polster" in Höhe von 95 Milliarden DM. All das beweist, wie falsch die düsteren Prophezeiungen der CDU/CSU sind, die allein auf dem Hintergrund der bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen und Bayern zu sehen sind. Wenn heute beispielsweise Frankreich als stärkster Handelspartner der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft ein Stabilitätsprogramm nach dem Vorbild der sozial-liberalen Koalition einleitet, dann ist das ein Beweis dafür, wie politisch richtig und zukunftsorientiert die Entscheidungen der Bundesregierung gewesen sind, die von der Opposition verteuft wurden.

(-/ 8.8.1974/bgy/ee)

+ + +

Eltern schaffen negative Vorbildwirkungen

Sorgen über den steigenden Alkohol/Nikotin-Konsum der Jugendlichen

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Trotz der konzertierten Unkenrufe des CDU-Abg. Dietrich Rollmann und des ZDF-Moderators Gerhard Löwenthal ist als Tatsache festzuhalten: Die Zahl jugendlicher Drogenkonsumenten ist in der letzten Zeit erfreulich zurückgegangen. Es ist nicht mehr "in", Haschisch zu rauchen und LSD zu schlucken, denn die Gefährlichkeit der Drogen hat sich herumgesprochen.

Umso mehr machen uns dafür die "Alltagsdrogen" Sorgen, Alkohol und Nikotin, zu denen immer mehr - und immer jüngere - Jugendliche greifen. Ein 14jähriger Trinker, eine 13jährige Kettenraucherin sind leider heutzutage kein Einzelfall mehr. Repräsentative Umfragen, die im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit durchgeführt wurden, bestätigen diesen Trend.

Die Zunahme des Jugendalkoholismus ist sicherlich mitbedingt dadurch, daß frühere Drogenkonsumenten vom illegalen Rauschgift auf das "erlaubte" Rauschmittel Alkohol übergegangen sind. Aber diese Verlagerung ist nur für eine kleine Gruppe Jugendlicher der ausschlaggebende Grund für exzessiven Alkoholkonsum. Entscheidender dürfte sein, daß sich das Trinkverhalten der Deutschen ganz allgemein geändert hat - eine Veränderung, die nicht ohne Rückwirkung auf Kinder und Jugendliche geblieben ist: Die Eltern trinken mehr, man trinkt zunehmend "harte" Getränke, und es wird zu Hause getrunken, nicht mehr in der sozialen Kontrolle der Umwelt. Daraus ergeben sich negative Vorbildwirkungen, die gewiß mitschuldig sind an der Zunahme des Jugendalkoholismus. Daß immer mehr Jugendliche immer früher zu Rauchern werden, hat ähnliche Ursachen.

Jeder dritte Erwachsene - auch dies ergab eine im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit durchgeführte Umfrage -

Ist der Meinung, Kinder unter 15 Jahren könnten ruhig mal ein Glas Bier oder Wein trinken, dies schade ihnen überhaupt nicht, im Gegenteil, sie würden dadurch lernen, mit Alkohol umzugehen. Schlimmer noch: Viele Erwachsene stellen ihren Kindern Alkohol und Tabak als etwas außerordentlich Erstrebenswertes dar, etwas, das sie ihren Kindern zu besonderen Anlässen - Weihnachten, Konfirmation, Geburtstag - oder als Belohnung für eine besondere lobenswerte Leistung bieten.

Wer als Kind auf diese Weise mit Alkohol und Nikotin vertraut gemacht wird, der wird später allerdings nur schwer wieder von diesen Alltagsdrogen loskommen.

Die Aktionen der Bundesregierung gegen den Alkohol- und Tabakmißbrauch müssen daher auch darauf abzielen, das Image der Trinker und Raucher zu verändern. Noch immer gilt es als stark männlich, meilenweit für ein Päckchen Zigaretten zu laufen und becherweise "harte" Getränke zu kippen. Ein Nichttrinker und Nichtraucher wird dagegen verlacht und als Schwächling angesehen.

Werbeverbote oder -beschränkungen für Alkoholika und Tabakwaren sind gewiß keine Patentlösung. Trotzdem halte ich es für sehr begrüßenswert, daß durch die Reform des Lebensmittelrechts jedenfalls über unsere öffentlich-rechtlichen Funkanstalten ab 1975 keine Reklame für Zigaretten mehr verbreitet werden darf.

Kurzfristig wird dies den Alkohol- und Tabakkonsum kaum beeinflussen, darüber sollte sich niemand Illusionen machen. Auf die Dauer jedoch geben uns solche Maßnahmen die Chance, mit unserer Anti-Werbung, mit unserer Arbeit an einem neuen Image, erfolgreich zu sein.

Wir sollten diese Chance nutzen.

(-/8.8.1974/bgy/ee)

+ + +

CSU: Viele Programme und wenig Grundsätze

Und Franz Josef Strauß hält von allem nicht viel

Die CSU hält bei der Ausarbeitung von Grundsatzprogrammen den Rekord unter allen Parteien in der Bundesrepublik. Gegenwärtig ist sie dabei, ihr viertes Grundsatzprogramm seit 1946 zu entwickeln. Was sie dazu über den gegenwärtigen Stand der Beratungen der Öffentlichkeit zu sagen hat, ist nicht viel und bringt vor allem nichts neues. Die bemerkenswerteste Feststellung war, daß CSU-Vorsitzender Franz Josef Strauß offensichtlich von der ganzen Sache nicht viel hält. In einer, der CSU keineswegs unfreundlich gesonnenen Münchner Zeitung heißt es dazu, man habe Strauß auf den ersten Blick angesehen, daß ihm die Sache nicht sehr am Herzen liege.

Strauß scherte sich denn auch bisher weder um Beschlüsse seiner Partei noch um Grundsatzprogramme. Ihr Stellenwert ist bei der CSU sehr gering. Wahrscheinlich ist gerade dies der Grund, daß man sich so häufig damit beschäftigt.

Das erste Grundsatzprogramm der CSU wurde im Jahre 1946 beschlossen, das zweite folgte im Jahre 1957 und das dritte 1968. Schon nach sechs Jahren meint also die CSU, ihre Grundsätze erneut überprüfen zu müssen.

Das letzte Mal erregten auf dem CSU-Parteitag nur zwei Punkte die Gemüter, und zwar die Festlegung, daß die CSU eine "konservative

Kraft" sei und der Begriff "Mitbestimmung". Den Streit um das Wort "konservativ" bereinigte Strauß mit der Allsewelstthese, daß die Konservativen an der Spitze des Fortschrittes marschieren. Die Schwierigkeiten der CSU auf gesellschaftspolitischem Gebiet spiegelt ein Vergleich über die Aussagen zur Mitbestimmung in den drei Programmen und dem jetzt veröffentlichten Entwurf wider.

Im Jahre 1946 ist die bayrische CSU weiter gegangen als die CDU ein Jahr später in dem Aalener Wirtschaftsprogramm für Nordrhein-Westfalen. Die CSU forderte nämlich ein Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer "bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse" im allgemeinen; bei Betrieben "von erheblicher Bedeutung" sollten die Arbeitnehmer damals "einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung" durch geeignete Vertreter ausüben. Die CSU verlangte ferner die Überprüfung von Privat- und Gemeineigentum, "wenn es das Gemeinwohl fordert".

Elf Jahre später war davon nicht mehr die Rede. Im Grundsatzprogramm von 1957 hieß es lediglich: "Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Träger der Wirtschaft, haben gleiche Rechte bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen". Auch im Entwurf des dritten Grundsatzprogrammes war das Wort "Mitbestimmung" nicht vorgesehen. Es hieß: "Die CSU fördert die verantwortliche Mitwirkung und Mitgestaltung der Arbeitnehmer in den Bereichen und Fragen des betrieblichen Lebens, die gemeinsames Handeln und gemeinsame Verantwortung zulassen...". Erst während des Parteitages fügte ein Arbeitskreis das Wort "Mitbestimmung" ein ("Die CSU fördert die Mitbestimmung als verantwortliche Mitwirkung..."). Nach einer langen Diskussion auf dem Parteitag blieb es dann dabei.

Im gegenwärtigen Entwurf ist wiederum nur von "Mitwirkung" die Rede. Die Forderung der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft nach Mitbestimmung wurde bereits vom vorletzten CSU-Parteitag zurückgewiesen. Auf diesem Gebiet läßt Strauß am wenigsten mit sich reden.

Emil Werner

(-/8.8.1974/bgy/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert